

Christoph Classen

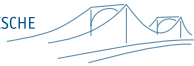
Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten (2003)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.896>

Reprint von:
Christoph Classen, Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 101-126

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuauflage (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Christoph Classen, *Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten* (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.896>

Ursprünglich erschienen als: Christoph Classen, *Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten*, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 101-126

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

**Zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland**

Herausgegeben von

JAN C. BEHRENDTS

THOMAS LINDENBERGER

PATRICE G. POUTRUS

METROPOL

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

**Fremde und Fremdsein in der DDR : zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends ; Thomas
Lindenberger ; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)**

– Berlin : Metropol 2003

ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964

**Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek**

© 2003 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

www.metropol-verlag.de

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Inhalt

JAN C. BEHRENDTS · THOMAS LINDENBERGER · PATRICE G. POUTRUS

Fremde und Fremd-Sein in der DDR Zur Einführung	9
--	---

JÜRGEN DANYEL

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur	23
---	----

Staatssozialismus als Fremdherrschaft

GÁBOR T. RITTERSPORN

Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel	43
---	----

OLIVER VON WROCHEM

Die sowjetischen „Besatzer“ Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung	57
---	----

JAN C. BEHRENDTS

Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“ Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990)	75
--	----

Gesamtdeutsche Dimensionen

CHRISTOPH CLASSEN

Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten	101
--	-----

INA DIETZSCH

- Deutsch-Sein in einem geteilten Land
Das Problem kultureller Zugehörigkeiten 127

NICOLE HIRSCHLER-HORÁKOVÁ

- Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR
Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren 141

Soziale Ausgrenzung in der DDR

HEIKE VAN HOORN

- Zwischen allen Stühlen
Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler
in den ersten Jahren der SBZ/DDR 159

THOMAS LINDENBERGER

- Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus
Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion
des „asozialen Verhaltens“ 179

ELFIE REMBOLD

- „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“
Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR 193

JOAN HACKELING

- Das „Fremde“ im Spannungsfeld
zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis:
Das Beispiel Rostock 1978–1989 215

Ausländer in der DDR

PATRICE G. POUTRUS

- Mit strengem Blick
Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS 231

UTA RÜCHEL

- Zwischen Paternalismus und Solidarität:
das SWAPO-Kinderheim in Bellin 251

DENNIS KUCK

- „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“?
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR..... 271

RITA RÖHR

- Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben
des Bezirkes Frankfurt/Oder 283

ANNEGRET SCHÜLE

- „Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt.“
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei 309

Anhang

JAN C. BEHRENDTS · DENNIS KUCK · PATRICE G. POUTRUS

- Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit
in den Neuen Bundesländern 327

- Abkürzungsverzeichnis 334

CHRISTOPH KALTER · MARCEL STRENG

- Bibliographie „Fremde und Fremdsein in der DDR“ 339

- Die Autorinnen und Autoren 373

CHRISTOPH CLASSEN

Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte

Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten

Eine historische Betrachtung des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit kann zu der Frage nach den Ursachen und Voraussetzungen der zeitgenössischen Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus in Ostdeutschland zweifellos nur einen mittelbaren Beitrag leisten. Das Phänomen ist offensichtlich komplex und hängt nicht zuletzt mit aktuellen Problemen des Transformationsprozesses zusammen. Dagegen scheint mir die tatsächliche gesellschaftliche Bedeutung historischer Aufklärung über die Verbrechen und Ursachen des Nationalsozialismus für die Gegenwart in einer Art *déformation professionnelle* von Historikern leicht überschätzt zu werden – bei aller Wichtigkeit, die sie als Aufgabe unbestritten haben muß. Andererseits formuliert: Die aktuelle Fremdenfeindlichkeit und der Rechtsradikalismus müssen mit der Kenntnis oder Unkenntnis von Geschichte und dem gesellschaftlichen Umgang damit keineswegs immer viel zu tun haben.

Gleichwohl deutet der Verweis auf die Bedeutung des Transformationsprozesses den Wert historischer Analysen bereits an. Denn damit ist nicht zuletzt die Frage nach Traditionen, historisch gewachsenen Strukturen und Bedingungen aktueller Entwicklungen aufgeworfen, auch im Bereich der Vergangenheitspolitik (Norbert Frei) und von politischer Kultur im allgemeinen. Sicher ist das Bild der Vergangenheit für die Wahrnehmung der Gegenwart von großer Bedeutung, aber vielleicht noch bedeutsamer scheint die Frage nach den Tiefenschichten diskursiver Muster und Praxen,¹ die die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit strukturiert haben und die womöglich in die Gegenwart hineinwirken. Dafür bietet sich ein Vergleich des öffentlichen Umgangs mit der Vergangenheit in beiden deutschen Staaten an, die sich mit demselben problematischen Erbe auseinandersetzen mußten und dies bekanntlich auf unterschiedliche, aber – soviel vorweg – in mancher Hinsicht auch ähnliche Weise getan haben.

1 Vgl. Peter Schöttler, *Mentalitäten, Ideologien, Diskurse. Zur sozialgeschichtlichen Thematisierung der „dritten Ebene“*, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M./New York 1989, S. 85–136.

Gerade bei diesem Thema versteht sich, daß ein historischer Vergleich den beziehungsgeschichtlichen Aspekt angemessen berücksichtigen muß.² Zu bedenken ist bei einem solchen Ansatz zudem der unterschiedliche Stellenwert, den die massenmediale Öffentlichkeit in beiden Systemen hatte: Während sich in der Bundesrepublik zunehmend eine pluralistische Medienöffentlichkeit konstituierte,³ blieben die Massenmedien der DDR, jedenfalls in einem politisch so sensiblen Bereich wie der „Faschismusproblematik“, bis 1989 auf die Parteilinie verpflichtet. Dementsprechend sagen die Quellen hier viel über Selbstverständnis und Interessen der Parteiführung aus, aber relativ wenig über das gesamtgesellschaftliche Verhältnis zur Vergangenheit.⁴

Im folgenden sollen nach einem kurzen Problemaufriß zunächst verschiedene Phasen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in beiden Teilen Deutschlands gegeneinander abgegrenzt und auf Unterschiede, aber auch Ähnlichkeiten befragt werden. Abschließend wird der Versuch unternommen, die Bedeutung des jeweiligen historischen Umgangs mit der Vergangenheit thesenhaft auf die gegenwärtige Problematik zu beziehen.

- 2 Zur Konzeption einer gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte vgl. Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver, *Die doppelte deutsche Zeitgeschichte*, in: dies. (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 9–16, sowie *Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte? Protokoll einer Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Mary Fulbrook, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Prof. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Udo Wengst und Dr. Stefan Wolle, Moderation Prof. Dr. Konrad H. Jarausch*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 15 (1999), S. 13–46.
- 3 Es handelt sich hierbei noch um ein wenig bearbeitetes Thema. Konzeptionell dazu jetzt Jörg Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft (GG)* 25 (1999), S. 123–145. *Empirische Ansätze bei Anselm Doering-Manteuffel, Eine neue Stufe der Verwestlichung? Kultur und Öffentlichkeit in den 60er Jahren*, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl-Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Staaten*, Hamburg 2000, S. 661–672, und Konrad Dussel, *Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive*, in: ebenda, S. 673–694.
- 4 Ansätzen, die darauf verweisen, daß sich Analysen der massenmedialen Öffentlichkeit in der DDR keineswegs in der Untersuchung von Parteianleitung und Steuerung erschöpfen dürfe, soll damit nicht widersprochen werden; vgl. Simone Barck/Martina Langermann/Jörg Requate, *Kommunikative Strukturen, Medien und Öffentlichkeiten in der DDR. Dimensionen und Ambivalenzen*, in: *Berliner Debatte Initial* 4/5 (1995), S. 25–38, sowie Dietrich Mühlberg, *Alltag in der Medienöffentlichkeit. Illustrierte Zeitschriften und Magazine als Quellen kulturhistorischer Forschung*, in: Simone Barck/Martina Langermann/Siegfried Lokatis (Hrsg.), *Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR*, Berlin 1999, S. 32–47; andere Einflüsse auf die Medien scheinen jedoch regelmäßig dann gering gewesen zu sein, wenn ideologische Kernbereiche tangiert wurden, zu denen eben auch das „antifaschistische“ Selbstverständnis der DDR gehörte.

Nationalsozialismus und Antifaschismus nach der Wiedervereinigung: Einige Probleme

Der Umgang mit dem Thema Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten ist seit 1990 bekanntlich zu einem Gegenstand der Ost-West-Auseinandersetzungen im Zuge der Wiedervereinigung geworden. Vor allem aus westlicher Richtung ist der staats-offizielle Antifaschismus der DDR einer umfassenden Kritik unterzogen worden,⁵ während dies umgekehrt nicht selten als Angriff auf eine eindeutig positive Tradition und ostdeutsche Identität gewertet und mit Hinweisen auf die „verdrängte NS-Vergangenheit“ im Westen gekontert worden ist.⁶ Damit scheint jene Tradition fortzuwirken, die dieses Thema stets als Ressource im Kalten Krieg betrachtete und zur Delegitimation des jeweils anderen Teilstaates genutzt hat. Sie korrespondiert mit einer verbreiteten „evaluatorischen“ Perspektive, die sich vor allem auf Defizite im Umgang mit dem Nationalsozialismus konzentriert und die realpolitischen Möglichkeiten, die postdiktatorische Gesellschaften tatsächlich haben, sich den kriminellen Aspekten ihrer Vergangenheit zu stellen, nicht immer hinreichend berücksichtigt.⁷ Diese „moralische Aufladung“ des Themas entlang der ehemaligen Blockgrenze erschwert es, die historische Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit von einem distanzierten Standort aus zu beschreiben.

Auch in der wissenschaftlichen Literatur sind Untersuchungen, die das Thema aus einer gesamtdeutschen Perspektive betrachten, noch die Ausnahme.⁸ Neben der Neigung, die Problematik in Sammelbänden abzuhandeln, in denen einzelne Aufsätze dann jeweils entweder den Osten oder den Westen thematisieren,⁹ sticht die Beto-

- 5 Vgl. u. a. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Texte zur Inneren Sicherheit. Bedeutung und Funktion des Antifaschismus*, Bonn 1990; *Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der DDR. Protokoll der 30. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Bd. III/1, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 95–201; Hans-Helmut Knütter, *Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 9 (1991)*, S. 17–28.
- 6 Kurt Finker, *Faschismus, Antifaschismus und „verordneter Antifaschismus“*, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.), *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bonn/Berlin 1998, S. 142–200, bes. S. 142 ff.
- 7 Exemplarisch: Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last ein Deutscher zu sein*, Hamburg 1987.
- 8 Vgl. jedoch als ersten Versuch einer Synthese Jeffrey Herf, *Zweierlei Erinnerung, Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998, sowie neuerdings für die sechziger Jahre Detlef Siegfried, *Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969*, in: Schildt u. a. (Hrsg.), *Dynamische Zeiten*, S. 77–113.
- 9 Vgl. Werner Bergmann u. a. (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M./New York 1995.

nung der Differenz zwischen Ost und West ins Auge: Die Titel einschlägiger Publikationen lauten in auffälliger Analogie „Zweierlei Bewältigung“,¹⁰ „Die geteilte Vergangenheit“¹¹ oder „Zweierlei Erinnerung“.¹² Nicht, daß die Betonung großer Differenzen grundsätzlich unangemessen wäre, aber verglichen damit scheint die Suche nach Ähnlichkeiten im Umgang mit der unbequemen Vergangenheit noch gar nicht richtig begonnen zu haben.¹³

Schließlich sei noch auf ein weiteres Desiderat verwiesen, das eine seiner Ursachen möglicherweise ebenfalls in der historisch bedingten politischen Instrumentalisierung des Themas hat: Untersuchungen konzentrierten sich bisher vor allem auf politische Aspekte. Besonders für die DDR wird das Thema häufig im Kontext von Herrschaft und Legitimation untersucht,¹⁴ während die bedeutsame Frage nach biographischen und generationsbedingten Prägungen und Erfahrungen, nach Identitätsstiftung und kollektiven Erinnerungen bisher allenfalls ansatzweise ausgeleuchtet ist.¹⁵ Dies kann an dieser Stelle nur beklagt, keineswegs aber überwunden werden, schon weil sich die folgende Skizze notgedrungen auf vorhandene Forschungsergebnisse stützen muß.

Phasen im Umgang mit der NS-Vergangenheit

1. Die unmittelbare Nachkriegszeit: Verordnete Auseinandersetzung

Die frühen Auseinandersetzungen waren sowohl in der SBZ als auch in den Westzonen von Versuchen der Besatzungsmächte geprägt, die breite Masse der Bevölkerung über den Charakter des NS-Regimes und das Ausmaß der Verbrechen aufzuklären.

- 10 Ulrich Herbert/Olaf Groehler, *Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten*, Hamburg 1992.
- 11 Jürgen Danyel (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995.
- 12 Herf, *Zweierlei Erinnerung*.
- 13 Konzeptionell in diesem Sinne jetzt Jürgen Danyel, *Die beiden deutschen Staaten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. Elitenwechsel und Vergangenheitspolitik*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 128–138.
- 14 Vgl. z. B. die Beiträge in Martin Sabrow (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln u. a. 2000.
- 15 Verwiesen sei immerhin auf das unter der Leitung von Lutz Niethammer in den 80er Jahren durchgeführte Projekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1939–1960“ (LUSIR) und die daraus hervorgegangenen Publikationen. Wie wichtig speziell eine generationelle Perspektive wäre, illustriert vor dem Hintergrund der Debatte um die sogenannten „68er“ Günter Gaus, *Wer den Mund zu voll nimmt. Die 45er und die 68er verbindet nur eins: Beide Generationen beanspruchen das Recht auf eigene Irrtümer*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 9. 3. 2001, S. 17.

Neben die zwangsweise Konfrontation der Bevölkerung mit den Zuständen in den befreiten Konzentrationslagern und groß angelegte Plakataktionen¹⁶ traten publizistische Bemühungen in der Presse sowie im Rundfunk und Film. Typisch für diese Phase einer frühen „verordneten“ Auseinandersetzung war beispielsweise der ab Januar 1946 in der amerikanischen Zone gezeigte Film „Todesmühlen“ über die grauenhaften Funde bei der Befreiung der Konzentrationslager, der unter Einschluß sowjetischen Filmmaterials im Auftrag der amerikanischen Militärverwaltung (OMGUS) produziert worden war.¹⁷

Daneben nahm die Berichterstattung von den Kriegsverbrecherprozessen, allen voran dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, breiten Raum ein.¹⁸ Im „Berliner Rundfunk“, dem sowjetisch kontrollierten Sender der Ostzone, startete nur wenige Tage nach der Befreiung eine Aufklärungskampagne, die in Reihen wie „Aus der Hölle der Konzentrationslager“, „Was wir wissen müssen“ und „Sie fragen – wir antworten“ eine umfassende Dekonstruktion der nationalsozialistischen Herrschaft betrieb. Im Mittelpunkt standen vor allem die Verbrechen in den Konzentrationslagern und in Osteuropa, Korruption und Betrug der politischen Klasse, aber auch nationale Widerstandshandlungen und Fragen von Schuld und Verantwortung.¹⁹ Obwohl den Beiträgen die sowjetische Perspektive oft anzumerken ist, war es zu dieser Zeit noch möglich, auf das Schicksal der Juden und auf Widerstandshandlungen aus christlichen und national-konservativen Kreisen hinzuweisen. Noch kamen Vertreter entsprechender Gruppen in den Medien der Ostzone auch selbst zu Wort.

In allen vier Besatzungszonen bestimmten zunächst somit die ähnlich gelagerten Interessen der Besatzungsmächte die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Diese Interessen bestanden in der Etablierung eines möglichst breiten anti-nationalsozialistischen Konsens in der Bevölkerung und damit indirekt auch in der Legitimierung und Absicherung der Besatzungsherrschaft. Gleichwohl zeigen sich bereits früh auch erhebliche Unterschiede. So war die Berichterstattung in der Ostzone schon damals der Parteitaktik verpflichtet. Die relative Offenheit für nicht-kommunistische Perspektiven in den Jahren bis 1947 verdankte sich jenem bereits während des Krie-

16 Einige Plakate sind abgebildet bei Alexander v. Plato/Almuth Leh, „Ein unglaublicher Frühling“. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948, Bonn 1997, S. 125 ff.

17 Deutschland/USA 1945, Regie Hanuš Burger; vgl. dazu (mit weiterer Literatur) Jürgen Wilke, Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: ders. (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln u. a. 1999, S. 649–671, hier S. 651.

18 Jürgen Wilke u. a., Holocaust und NS-Prozesse. Die Presseberichterstattung in Israel und Deutschland zwischen Aneignung und Abwehr, Köln u. a. 1995; Ansgar Diller/Wolfgang Mühl-Benninghaus (Hrsg.), Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46. Edition und Dokumentation ausgewählter Rundfunkquellen, Potsdam 1998; Christof Schneider, Nationalsozialismus als Thema im Programm des Nordwestdeutschen Rundfunks (1945–1948), Potsdam 1999.

19 Vgl. Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.), Inventar der Manuskriptbestände des Berliner Rundfunks (1945–1950). Zusammengestellt und bearbeitet von Alexander Greguletz, Potsdam 1999.

ges von Stalin eingeschlagenen Kurs einer breiten antifaschistischen Bündnispolitik für Deutschland, mit der versucht werden sollte, die anti-nationalsozialistischen Kräfte in Deutschland zu bündeln und zugleich Offenheit gegenüber und Einvernehmen mit den Westalliierten zu demonstrieren.²⁰ Allerdings trat die später so ausgeprägte Neigung der SED, die eigene Machtpolitik als zwingende Konsequenz historischer Entwicklungen zu verklären, zu gegebenen Anlässen auch schon während der „antifaschistisch-demokratischen“²¹ Phase deutlich hervor: So wurde beispielsweise die Vereinigung von KPD und SPD unter kommunistischer Führung mit einer publizistischen Kampagne vorbereitet, in der stets die Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die ihre Ursache wiederum in der bürgerlich-kompromißlerischen Haltung der SPD gehabt habe, für den Aufstieg Hitlers verantwortlich gemacht wurde.²² Der in erster Linie an politisch-taktischen Zielen ausgerichtete öffentliche Bezug auf die Vergangenheit in der SBZ/DDR kann somit nicht erst der zunehmenden Konfrontation der Blöcke und dem Stalinisierungsprozeß der Partei seit 1949 zugerechnet werden, sondern hat seine Ursache maßgeblich in systemimmanenten Faktoren und Traditionen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der deutschen KP.²³

Für Diskussionen über Schuld und Verantwortung blieb unter diesen Vorzeichen im Osten wenig Raum. Wenn überhaupt, wurden solche Fragen meist aus der Perspektive der Besatzungsmacht im Hinblick auf gesellschaftliche Integration behandelt. Im Westen dagegen wurde daraus ein Dauerthema der hochkulturellen Publizistik.²⁴ Das bedeutet allerdings nicht, daß es damit bereits frühzeitig zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Verstrickung in den Nationalsozialismus gekommen wäre. Nicht nur, daß die Auseinandersetzung auf eine kulturelle Elite beschränkt blieb, während breite Bevölkerungsschichten sich eher an der Abwehr der sogenannten Kollektivschuldthese beteiligten, die in der praktischen Politik kaum eine Rolle spielte,²⁵ auch der Stellenwert der Diskussion, bei der es sich „weniger um eine Debatte als um ein Arsenal nebeneinander stehender historischer Deutungsmuster“ (Axel Schildt) handelte, darf nicht überschätzt werden. Tendenzen zur Entlastung der Deutschen sind jedenfalls ebensowenig zu übersehen wie eine allenfalls geringe Neigung zu konkreten historischen Analysen und die Flucht in metaphysische Deutungs-

20 Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, 19. Aufl., Köln 2000, S. 339 ff.

21 Vgl. zum Begriff und den Ursachen seines Erfolgs zunächst auch im bürgerlichen Lager Ulrich Mählert, *Die Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffs durch die KPD/SED*, in: *Geschichte – Erziehung – Politik (GEP)* 4 (1993), S. 441–452.

22 Zum tatsächlichen historischen Hintergrund vgl. Kurt Finker, *KPD und Antifaschismus 1929 bis 1934*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 41 (1993), S. 389–398.

23 Vgl. Finker, *Faschismus*, S. 161.

24 Vgl. Thomas Koebner, *Die Schuldfrage. Vergangenheitsbewältigung und Lebenslügen in der Diskussion 1945–1949*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Wiesbaden 1987, S. 301–329.

25 Norbert Frei, *Von deutscher Erfindungskraft. Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit*, in: *Neue Zürcher Zeitung* v. 12./13. 7. 1997.

muster.²⁶ Dennoch markiert die sogenannte Schulddebatte, gerade auch durch ihre apologetischen Züge, eine wichtige Differenz zwischen Ost und West: Nur im Westen war es bürgerlichen Intellektuellen in den lizenzierten Massenmedien möglich, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, ohne sich primär an taktischen Erwägungen der Besatzungsmacht und gegenwärtigen Verwertungsinteressen der kommunistisch dominierten deutschen Verwaltung orientieren zu müssen.

Nach allem was man weiß, waren die frühen Bemühungen, in der breiten Masse der Bevölkerung ein Bewußtsein für die Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen zu verankern, nur sehr bedingt erfolgreich. Zwar galt der Nationalsozialismus mit seinem militärischen Zusammenbruch weitenteils als desavouiert, und seine verbrecherische Dimension wurde mehrheitlich auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Aber zugleich wurde eine Abwehrhaltung gegen die Aufklärungs- und Umerziehungsbemühungen der Alliierten deutlich spürbar, die sich in Relativierungen, Entlastungsformeln und Mystifizierungen sowie einer Tendenz zur Aufrechnung gegen vermeintliches oder wirkliches Unrecht der Alliierten artikulierte.²⁷ Die Kriegsverbrecherprozesse beförderten – wo sie nicht schon a priori als „Siegerjustiz“ abgelehnt wurden – die Neigung, die Verantwortung allein den dort abgeurteilten Personengruppen zuzuschieben.²⁸

Die Ursachen dieser in Ost und West verbreiteten Abwehrhaltung sind vielfältig. Zweifellos begünstigte die Konstellation der Besatzungsherrschaft das Entstehen einer innerdeutschen Solidaritäts- und Erfahrungsgemeinschaft, aus der nur eine geringe Zahl besonders exponierter Täter ausgegrenzt wurde.²⁹ Diese „Verschwiegenheitsgemeinschaft“, die wohl auch als Fortleben der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie interpretiert werden kann, repräsentierte in ihrer Frontstellung gegen die Alliierten einen Konsens der Amnestie und Amnesie, der Schwerstbelastete, Mitläufer und Unbelastete in retrospektiv nur schwer nachvollziehbarer Weise miteinander verband.³⁰ Bei der trotzigigen Weigerung, eigene Verantwortung zu übernehmen, und dem Insistieren darauf, man habe „von allem nichts gewußt“, mag nicht zuletzt auch ein in weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus vorhandenes latent schlechtes Gewissen von Bedeutung gewesen sein:³¹ So wenig, wie man glauben ma-

26 Axel Schildt, Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit der Nachkriegszeit, in: Wilfried Loth/Bernd A. Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 19–54, hier S. 31 f.

27 Ebenda, S. 26 ff.

28 Wilke, *Holocaust und NS-Prozesse*, S. 653.

29 v. Plato/Leh, *Ein unglaublicher Frühling*, S. 135 f.

30 Vgl. hierzu auch die Befunde von Norbert Frei für die frühe Bundesrepublik, der „einen starken Zusammenhang zwischen dem hohen vergangenheitspolitischen Konsens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und der fortdauernden Präsenz der Alliierten“ konstatiert; Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 399.

31 v. Plato/Leh, *Ein unglaublicher Frühling*, S. 131 ff.

chen wollte, hatte man von den Verbrechen eben doch nicht gewußt.³² Schließlich waren die chaotischen Verhältnisse der „Zusammenbruchgesellschaft“ (Christoph Kleßmann) als Grundlage für eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den Exzessen des Nationalsozialismus denkbar ungünstig. Zum einen stand für viele zunächst der individuelle Kampf ums Überleben und die Rückgewinnung von „Normalität“ im Vordergrund. Zum anderen förderte der Zusammenbruch des Nationalsozialismus eine bereits vorher vorhandene Tendenz zu privatistischen Haltungen, zum Mißtrauen gegenüber „der hohen Politik“, als deren Opfer man sich fühlte.³³ Fragen, die Gesellschaft und Staat betrafen, hatten unter diesen Bedingungen wenig Konjunktur, insbesondere, wenn sie keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Lebensalltag zu haben schienen.

2. Die fünfziger Jahre: Integration durch Abgrenzung

Eine zweite Phase läßt sich zwischen dem Ende der vierziger Jahre und den späten fünfziger Jahren abgrenzen. Sie ist stark geprägt durch die Blockbildung und die daraus resultierende Gründung zweier konkurrierender deutscher Staaten mit ihren unterschiedlichen Legitimationsbemühungen.

Im Westen ist diese Zeit von Hermann Lübke als „gewisse Stille“ charakterisiert worden.³⁴ Darunter darf man sich allerdings keine allgemeine Nicht-Thematisierung oder gar Verdrängung im psychoanalytischen Sinne vorstellen, sondern treffend ist eine Beschreibung, die die nun einsetzende Rehabilitierung der Gesellschaft durch weitgehende Ausblendung der Verbrechen und das Fehlen „explanatorischer und analytischer Bewältigung“ hervorhebt.³⁵ Bekanntlich kam die juristische Ahndung von Straftatbeständen fast zum Erliegen, die „Ehre“ ehemaliger Wehrmachtangehöriger wurde öffentlich wiederhergestellt, für Kriegsversehrte und die Opfer der Vertreibung wurden umfassende Versorgungsleistungen beschlossen, schließlich die politischen Säuberungen des öffentlichen Dienstes durch die Alliierten mittels des § 131 GG weitgehend rückgängig gemacht.³⁶ Selbst schwerbelastete Personen konnten unter diesen Bedingungen gesellschaftlich und beruflich reintegriert werden. Wer in dieser

32 Zu zeitgenössischen Presseveröffentlichungen über Konzentrationslager, Prozesse und Diskriminierungen vgl. jetzt Robert Gellately, *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001.

33 v. Plato/Leh, *Ein unglaublicher Frühling*, S. 127 f.

34 Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift (HZ)* 236 (1983), S. 579–599.

35 Ebenda, S. 585; vgl. zu dieser zeitweise stark umstrittenen Problematik die ausgewogene und zusammenfassende Darstellung von Hartmut Berghoff, *Zwischen Verdrängung und Aufarbeitung. Die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre nationalsozialistische Vergangenheit in den fünfziger Jahren*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)* 49 (1998), S. 96–114.

36 Die Vorgänge sind detailliert beschrieben bei Frei, *Vergangenheitspolitik*, bes. S. 54 ff.

Zeit von „Wiedergutmachung“ sprach, meinte kaum die Opfer des Nationalsozialismus, sondern forderte in aller Regel Satisfaktion für die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten.

Dieser „vergangenheitspolitische Populismus“ (Norbert Frei) beruhte auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens und wurde von allen maßgeblichen politischen Parteien mitgetragen. In ihm verband sich das bereits oben beschriebene gesellschaftliche Bedürfnis nach Exkulpation mit der Notwendigkeit, breite Bevölkerungsschichten an den jungen, zunächst fragilen Staat zu binden. Nicht zuletzt war den zeitgenössischen Politikern klar, daß Wahlen nur so zu gewinnen waren.

Gleichzeitig aber dominierte in der Öffentlichkeit eine explizite Distanzierung vom Nationalsozialismus als einer „schlechten Zeit“, von der sich die Bundesrepublik positiv abheben sollte.³⁷ Diese Distanzierung, die bis zum 1952 ausgesprochenen Verbot der neonazistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) reichte, war sicher nicht zuletzt außenpolitisch geboten, um die Westalliierten zu beruhigen und Renommee auf der internationalen Bühne zurückzugewinnen.³⁸ Nicht weniger entscheidend für die strikte Abgrenzung vom Nationalsozialismus waren jedoch innere Legitimationsbedürfnisse des noch kaum souveränen Teilstaats: Nur so konnte das zunächst ausdrücklich als Provisorium apostrophierte Konstrukt, das sich nicht mehr auf die Nation als quasi-natürlichen Legitimationsrahmen stützen konnte, überhaupt auf Zustimmung hoffen. Dazu waren in der Bevölkerung erhebliche Widerstände zu überwinden. In diesen Kontext gehört beispielsweise die – mittelfristig erfolgreiche – Mystifizierung der Widerstandskämpfer des 20. Juli zu Vorkämpfern und Märtyrern der demokratischen Bundesrepublik – gewissermaßen die Erfindung einer positiven nationalen Tradition „von oben“.³⁹

Seinen sinnfälligen öffentlichen Ausdruck fand der Spagat zwischen weitreichender Amnestierung und Verantwortungsabwehr einerseits und deutlicher Distanzierung vom Nationalsozialismus andererseits in der Etablierung eines Geschichtsbildes, das die deutschen Opfer in den Mittelpunkt der Erinnerung stellte – ablesbar etwa an der Wiedereinführung des Volkstrauertags 1951/52, dessen Ritus vor allem den deutschen Kriegstoten gewidmet war.⁴⁰ Die Deutschen selbst waren nach dieser Lesart das prominenteste Opfer des Nationalsozialismus.

37 Christoph Classen, *Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965*, Köln u. a. 1999, S. 162 f. und 168 f.

38 Zur außenpolitischen Dimension des Umgangs mit der NS-Vergangenheit Ulrich Brochhagen, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994.

39 Classen, *Bilder der Vergangenheit*, S. 169 ff., sowie Norbert Frei, *Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland*, in: Christian Jansen (Hrsg.), *Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995*, Berlin 1995, S. 493–504.

40 Classen, *Bilder der Vergangenheit*, S. 61, 110 f.

Kaum minder wichtig für die gesellschaftliche Integration und Konsolidierung der frühen Bundesrepublik war der Antikommunismus als konsensuales Deutungsmuster.⁴¹ Er kann hier nur insofern von Interesse sein, als er sich mit Deutungen der Vergangenheit verband. Das geschah in Form eines Antitotalitarismus-Konzeptes, das zwar die Distanzierung vom Nationalsozialismus einschloß, aber zugleich die Wahrnehmung im Hinblick auf die „neue Bedrohung“ aus dem Osten strukturierte. So konnte nicht nur nahtlos an tradierte antirussische und antiöstliche Stereotype angeknüpft werden, indirekt schien auch der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder gerechtfertigt: Dort verortete man noch immer den Feind des „christlichen Abendlandes“. Der harte und entbehrungsreiche Einsatz an der Ostfront konnte – bei aller Desillusionierung über den Nationalsozialismus und seine Elite – sinnhaft in die persönliche Biographie integriert werden. Das integrative Potential des Antitotalitarismus-Konzeptes wird hier beispielhaft für die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen deutlich. Die aktuelle äußere Bedrohung ließ Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit nachrangig erscheinen. Es galt, gegen den äußeren Feind im Osten zusammenzustehen und dabei innere Auseinandersetzungen über die Vergangenheit möglichst zu meiden.

In der frühen DDR fallen die Ähnlichkeiten beim Umgang mit dem Thema besonders auf einer strukturellen Ebene ins Auge. Mit der Zuspitzung des Kalten Krieges kam es auch hier zunehmend zu einer Abspaltung des Nationalsozialismus von der eigenen Gesellschaft. Die NS-Vergangenheit wurde im Konflikt mit den westlichen Alliierten und der Bundesrepublik für die Parteiführung sukzessive zu einer propagandistischen Ressource, mit der man zugleich die belastende Verantwortung für die Vergangenheit nach Westen entsorgte. Während vor allem die ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft in der SBZ/DDR als Garant dafür galt, daß der Faschismus im Osten besiegt sei, wurde die Politik der Bundesregierung (aber auch der Westalliierten allgemein) nun als mehr oder minder verdeckte Fortsetzung oder Neuauflage des Nationalsozialismus denunziert.⁴² Es handelte sich also um den Aufbau eines historisch konnotierten Feindbildes, das gegenüber dem im Westen verbreiteten anti-kommunistischen Totalitarismus-Konzept freilich den Nachteil hatte, daß es in weiten Teilen der Bevölkerung nur sehr bedingt an ältere Vorstellungen anknüpfen konnte. Vielmehr war ihm sein Ursprung in der kommunistischen (Minderheiten-)Tradition und auch die Verpflichtung auf die sowjetische Perspektive stets anzumerken. Darunter dürfte seine Integrationskraft stark gelitten haben.

41 Vgl. Harold Hurwitz, *Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945*, 4 Bde., Köln 1983–1990, bes. Bd. 1, S. 120–136, sowie Gesine Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus. Deutsches politisches Bewußtsein nach 1945*, Baden-Baden 1999.

42 Vgl. meinen Aufsatz „Guten Abend und Auf Wiederhören“. *Faschismus und Antifaschismus in Hörfunkkommentaren der frühen DDR*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 237–255.

Ähnlich wie im Westen war eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen, den Verbrechen und tatsächlichen Kontinuitätsbeständen des Nationalsozialismus damit nicht nur obsolet, sondern, aller inflationärer Faschismus-Rhetorik zum Trotz, nicht wirklich erwünscht. Denn mit dem Aufbau eines äußeren Feindbildes ging – ähnlich wie im Westen, wenngleich nicht ganz so konsequent – die Integration der großen Zahl von Mitläufern und vieler Belasteter einher. Schon relativ bald nach Kriegsende hatte sich die SED in Abstimmung mit den sowjetischen Stellen auf einen integrativen Kurs gegenüber den minderbelasteten NSDAP-Mitgliedern festgelegt.⁴³ Das Wort von der SED als „großem Freund der kleinen Nazis“ machte die Runde, und es war, wenigstens zu Anfang, keineswegs immer ironisch gemeint.⁴⁴ Zweifellos war diese Integrationspolitik realpolitisch ohne Alternative, wollte man nicht die Entstehung bedeutender oppositioneller Kräfte riskieren, die aus der Verweigerung einer gesellschaftlichen Perspektive für die große Gruppe der ehemaligen Sympathisanten des Nationalsozialismus resultiert hätte.⁴⁵ Sie brachte der KPD/SED zwar bei ihrer Stammklientel zum Teil heftige Kritik ein, doch zugleich war gerade sie es, die maßgeblich dazu beitrug, die Akzeptanz ihrer Politik und schließlich auch die Rekrutierungsbasis der Partei erheblich zu vergrößern.⁴⁶

Mit der Herausbildung der Blöcke und der Staatsgründung im Oktober 1949 wurde das Integrationsangebot für ehemalige Nationalsozialisten sukzessive ausgeweitet und die diesbezügliche Kritik aus den eigenen Reihen, vor allem von seiten politisch verfolgter Kommunisten, die die Konzentrationslager überlebt hatten oder sich nur knapp in die Emigration hatten retten können, systematisch ausgeschaltet.⁴⁷ Als die Volkskammer im November 1952 das Gesetz zur staatsbürgerlichen Gleichstellung der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere und NSDAP-Mitglieder verabschiedete, wurde dieses Ereignis im Radio nicht zufällig von dem NDPD-Funktionär Egbert von Frankenberg und Proschlitz⁴⁸ kommentiert, der eine steile Offizierskarriere in der Wehrmacht hin-

43 Vgl. Jürgen Danyel, Die SED und die kleinen PG's, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 177–196; s. auch v. Plato/Leh, Ein unglaublicher Frühling, S. 350 f.

44 Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, S. 553.

45 Vgl. Olaf Groehler, Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Demokratischen Republik, in: Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit, S. 16–30.

46 Danyel, Die SED und die kleinen PG's, S. 188.

47 Die Auflösung der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN), in dessen Kreisen ein erhebliches Widerstandspotential gegen den Kurs einer Integration ehemaliger Nationalsozialisten bestand, hatte darin eine ihrer Ursachen; vgl. dazu Jörn Schütrumpf, „Besprechungen zwischen ehemaligen VVN-Kameraden ... dürfen nicht mehr stattfinden“ – Antifaschismus in der DDR, in: Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1997, S. 142–152.

48 Zur Biographie vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Bd. 3: Lexikon der Funktionäre, Reinbek b. Hamburg 1994, S. 89.

ter sich hatte, Mitgliedschaft nicht nur in der Partei, sondern auch in der SS eingeschlossen. Seine Ausführungen, die darauf hinausliefen, es sei nun an der Zeit, „einen Schlußstrich unter die Vergangenheit“ zu ziehen und sich statt dessen durch die „nationale Tat“ in der Gegenwart zu bewähren, gaben mit Sicherheit nicht nur seine persönliche Meinung wieder, sondern entsprachen der seinerzeitigen Taktik der Parteiführung in dieser Frage.⁴⁹ Die politische Rhetorik war, jedenfalls wenn es um die NS-Vergangenheit der „eigenen“ Gesellschaft ging, der im Westen zum Verwechseln ähnlich.

Das Beispiel ist typisch, weil es andeutet, wie stark die Bemühungen um gesellschaftliche Integration und Herrschaftssicherung konkrete Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit verdrängten. Wichtiger als die eigene Einstellung zum Nationalsozialismus, so der Tenor, sei allemal ein loyales und systemkonformes Engagement für den Sozialismus in der Gegenwart, zumal die „eigentlichen Faschisten“ ihr Unwesen gegen die „anständige Bevölkerungsmehrheit“ angeblich weitertrieben. Dieses Integrationsangebot, das man pointiert als „Tausch von Absolution gegen Loyalität“ bezeichnen könnte, hatte herrschaftsstrategisch mehrere Vorzüge: Es kam dem Bedürfnis vieler Deutscher entgegen, sich selbst vor allem als Opfer der Politik einer „bösen“ Elite von Kapitalisten, Junkern, Kriegstreibern und deren nationalsozialistischen Handlangern zu fühlen und alle Verantwortung an diese Gruppen zu delegieren. Zugleich verzichtete man jedoch nicht darauf, einen besonderen Loyalitätsdruck zu erzeugen, indem auf subtile Weise präsent blieb, daß es sich dabei um eine „Bewährungschance“ handelte. Außerdem konnte an populäre antikapitalistische, antiwestliche und konspirative Stereotype angeknüpft werden.

Mit konkreter Vergangenheit hatte die seit Ende der vierziger Jahre immer inflationärer gehandhabte „Faschismus-“ bzw. „Antifaschismus“-Rhetorik wenig zu tun.⁵⁰ Die strategisch-taktische Unterordnung des öffentlichen Bezugs auf die Vergangenheit durch die Parteispitze schlug sich in der weitgehenden Aufhebung der Grenze zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nieder. Vergangenheitsbezüge dienten in vollendeter Teleologie meist nur dazu, die tagespolitischen Ziele der SED-Führung als zwingend dazustellen.⁵¹ Daneben bildete sich eine zunehmend abstrakte

49 Egbert von Frankenberg und Proschlitz, Kommentar des Berliner Rundfunks vom 3. 10. 1952, Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Abt. Potsdam-Babelsberg B 095-00-01/017.

50 M. Rainer Lepsius hat über das Verhältnis der DDR zum Nationalsozialismus in Abgrenzung zur Bundesrepublik und zu Österreich zutreffend bemerkt, sie habe die Vergangenheit über die Kategorie des Faschismus „universalisiert“; M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur in den Nachfolgestaaten des „Großdeutschen Reiches“, in: Max Haller u. a. (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, Frankfurt a. M./New York 1989, S. 247 ff. Dem aufmerksamen Leser dieses Aufsatzes wird meine Ansicht nicht entgehen, daß sich darüber hinaus subkutan Tendenzen finden, die man als Externalisierung oder Ausgrenzung bezeichnen kann.

51 Classen, Guten Abend und Auf Wiederhören, passim.

Begriffsverwendung heraus, die zweifellos bereits in der „klassischen“ Faschismus-Definition nach der sogenannten Komintern-Formel angelegt war.⁵² Maßgeblich für diese Entwicklung waren jedoch daneben die Erfahrungen von Verfolgung und Emigration während des Nationalsozialismus durch die führenden Kader und eine Situation, in der das Gebilde DDR noch äußerst instabil war und die Herrschaft der amtierenden Parteispitze immer wieder von verschiedenen Seiten in Frage gestellt wurde.

Ausgehend von einem fiktiven „antifaschistischen Gründungskonsens“ der DDR wurden die Begriffe „Faschismus“ und „Antifaschismus“ zu inhaltlich substanzlosen Kampfbegriffen, die das Fremde und das Eigene der von der Parteiführung imaginierten harmonischen Gemeinschaft markierten. Wirkliche oder vermeintliche innere und äußere Gegner wurden als „Faschisten“ etikettiert, während die gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Partei das positive, „antifaschistische“ Ideal bezeichneten. Dabei entstand aus den de facto heterogenen Widerständen und Schwierigkeiten, der sich die radikale Transformationspolitik der SED in den fünfziger Jahren gegenüber sah, ein vermeintlich kompakter Gegner, der in der Öffentlichkeit mit überzogenen, zum Teil hysterischen Beschimpfungen denunziert und verfolgt wurde.⁵³ Die strukturelle Ähnlichkeit zu älteren, ebenfalls dichotomisch angelegten deutschen Gemeinschaftsvorstellungen und Feindbildern liegt auf der Hand.

3. Die sechziger Jahre: Skandale und Kampagnen

Mit dem Ende der fünfziger Jahre nehmen die strukturellen Ähnlichkeiten im öffentlichen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zwischen den beiden deutschen Staaten allmählich ab. Zwar läßt sich der Zeitraum zwischen dem letzten Viertel der fünfziger Jahre und dem letzten Drittel der sechziger Jahre in beiden deutschen Staaten deutlich von der vorangegangenen Periode abheben, aber jeweils aus ganz unterschiedlichen Gründen.

Es gehört zu den gehegten und gepflegten Mythen der sogenannten 68er-Bewegung, daß erst sie es gewesen sei, die der Bundesrepublik zu einer Reflexion über ihre nationalsozialistische Vergangenheit verholfen habe.⁵⁴ Tatsächlich beginnt der auf Antikommunismus, Integrations- und Legitimationsbemühungen sowie sozialpsychologischen Bedürfnissen der Tätergesellschaft gründende Schweigekonsens über die NS-Verbrechen sehr viel eher zu erodieren, nämlich bereits seit dem letzten Viertel der fünfziger Jahre.⁵⁵ Die Gründe dafür sind vielfältig. Zweifellos spielten dabei sin-

52 Nach dem auch als „Dimitroff-Formel“ bekannten Axiom galt der Faschismus lediglich als extremste, gewissermaßen decouverte Form des Kapitalismus.

53 Für Beispiele s. Classen, Guten Abend und Auf Wiederhören, passim.

54 Zuletzt: Wolfgang Farkas, Die tote Armee. 25 Jahre nach dem Tod von Ulrike Meinhof: Lauter offene Fragen, in: Süddeutsche Zeitung v. 9. 5. 2001, S. 15.

55 Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich, S. 77 ff.

guläre Ereignisse wie der Skandal um einen französischen Dokumentarfilm über Auschwitz, der 1956 auf deutschen Druck aus dem offiziellen Programm der Filmfestspiele in Cannes entfernt wurde,⁵⁶ der „Ulmer Einsatzgruppenprozeß“ von 1958,⁵⁷ die antisemitischen Ausschreitungen um die Jahreswende 1959/60⁵⁸ und besonders der Jerusalemer Eichmann-Prozeß (1961)⁵⁹ eine gewichtige Rolle. Nicht selten war das Engagement einzelner Staatsanwälte und Publizisten maßgeblich, die sich gegen den Mainstream stellten und das Ziel einer Anklage bzw. Publikation mit großer Hartnäckigkeit verfolgten.⁶⁰

Jenseits herausragender Anlässe und der Initiativen einzelner bildeten jedoch die veränderte politische Situation und eine sich wandelnde politische Kultur konstitutive Elemente für die nun einsetzenden Kontroversen um die Vergangenheit. Entscheidend war offensichtlich, daß die Bundesrepublik Ende der fünfziger Jahre bereits einen so breiten legitimatorischen Rückhalt hatte, daß innere Auseinandersetzungen selbst über ein so heikles Thema wie die NS-Vergangenheit sie kaum mehr existentiell gefährden konnten. Das legitimatorische Fundament der Bundesrepublik bildeten von nun an vor allem die schnell wachsende Prosperität und die eng damit verbundenen Mythen von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder.⁶¹ Historische Aspekte wurden damit bis zu einem gewissen Maße „entlastet“ und konnten zum Gegenstand breiter gesellschaftlicher Diskussionen werden. Kaum zu überschätzen dürfte daneben die wachsende Bedeutung intermediärer Institutionen wie Recht und Öffentlichkeit sein, deren Vertreter zunehmend an Selbstbewußtsein gewannen und sukzessive begannen, die ihnen durch die Verfassung zugestandene politische Unabhängigkeit ernst zu nehmen und ihre Spielräume auszuschöpfen. Schließlich ist zu Recht darauf hingewiesen worden, wie stark die Einbindung der Bundesrepublik in das „Impuls- und Kontrollsystem“ des Westens die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit strukturiert hat und insbesondere bei den nachwachsenden Generationen zur kritischen Reflexion und Abgrenzung vom Nationalsozialismus beigetragen hat.⁶²

56 Vgl. zu der Affäre um den Film „Nacht und Nebel“ von Alain Renais Walter Euchner, Unterdrückte Vergangenheitsbewältigung. Motive der Filmpolitik in der Ära Adenauer, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.), Gegen Barbarei. Essays. Robert M. W. Kempner zu Ehren, Frankfurt a. M. 1989, S. 346–359.

57 Bezeichnenderweise wurde der Prozeß durch eine Zivilklage eines der Angeklagten auf Wiedereinstellung in den öffentlichen Dienst ausgelöst. Vgl. Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung, Heidelberg 1982, S. 140 f.

58 Vgl. Werner Bergmann, Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt a. M. 1997, S. 235 ff.

59 Zur deutschen Rezeption vgl. Regina Schmidt/Egon Becker, Reaktionen auf politische Vorgänge. Drei Meinungsstudien aus der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1967.

60 Zu nennen wären unter anderen der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und der Stuttgarter Fernsehjournalist Heinz Huber.

61 Vgl. Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1999, S. 49 ff.

62 Siegfried, Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich, S. 110.

Inwieweit die um diese Zeit einsetzenden gezielten Kampagnen aus der DDR gegen Repräsentanten der Bundesrepublik und ihre Eliten diese Entwicklung eher gefördert oder behindert haben, ist nicht ganz einfach zu entscheiden. Denn so wenig zu bestreiten ist, daß diese Kampagnen und die gezielte Weitergabe von belastendem Material etwa an die Wanderausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“⁶³ dafür sorgten, daß das Thema auf die Agenda kam und dort blieb, so offensichtlich ist andererseits, daß die Glaubwürdigkeit massiv unter den Überspitzungen und der durchschaubaren politischen Instrumentalisierung litt, die den überkommenen antikommunistischen Abwehrreflex bedienten.⁶⁴ Bedeutsam ist immerhin, daß diese antikommunistische und antitotalitaristische „Immunisierung“ nun nicht mehr ausreichte, um durch alle politischen Lager hindurch einen Konsens der pauschalen Zurückweisung aufrecht zu erhalten, selbst dann nicht, wenn erkennbar war, daß östliche Quellen im Spiel waren.⁶⁵

Die Entwicklung, die mit der zunehmenden Thematisierung der NS-Vergangenheit und speziell ihrer verbrecherischen Seite einsetzte, lief keineswegs nur auf eine geradlinige und schnelle Revision des Geschichtsbildes und ein durchgängig kritisch-aufgeklärtes Verhältnis zur Vergangenheit hinaus. Charakteristisch war vielmehr die Zunahme von skandalisierenden, häufig stark personalisierten öffentlichen Konflikten und eine damit verbundene zunehmende Polarisierung der Positionen: Die Zeit des Nationalsozialismus wurde innerhalb der Bundesrepublik streitig. Kritische Positionen sahen sich nicht selten großer Ignoranz und Rechtfertigungsversuchen besonders der älteren, involvierten Generation gegenüber, die ungebrochene nationalsozialistische, insbesondere antisemitische Einstellungen erkennen ließen. Auch blieb die Wahrnehmung des Nationalsozialismus und seiner Opfer in vieler Hinsicht unzureichend.⁶⁶

63 Die von Reinhard Strecker konzipierte und vom SDS und der Deutsch-Israelischen Studentengruppe gemeinsam getragene Ausstellung wurde erstmals 1959 in Karlsruhe gezeigt.

64 Vgl. hierzu insbes. eine diskursanalytische Untersuchung zum Fall des wegen eines juristischen Kommentars zu den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 belasteten Staatssekretärs im Kanzleramt Hans Globke, der zeitweise im Zentrum der DDR-Kampagnen gegen die Bundesrepublik stand. Dort wird die These vertreten, daß die DDR mit ihrem Engagement letztlich die Position der Globke-Kritiker geschwächt habe und sie, wie seine Verteidiger, auf eine Bekräftigung der bestehenden politischen Ordnung festgelegt habe. Damit habe die Kampagne gemessen an der Intention der DDR-Führung kontraproduktiv auf die BRD gewirkt, nämlich systemstabilisierend; Michael Schwab-Trapp, *Kulturelle Ordnung und politisches Handeln. Der Fall Globke: „Einige emigrierten, andere blieben. Nicht alle konnten emigrieren“*, in: ders./Thomas Herz (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit: Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945*, Opladen 1997, S. 109–138.

65 Zur ambivalenten Wirkung der DDR-Kampagnen vgl. jetzt auch Siegfried, *Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich*, S. 111 f.

66 Die öffentliche Wahrnehmung blieb stark von einer personifizierenden Skandalisierungslogik und dem Blockdenken des Kalten Krieges geprägt. So blieben wesentliche Aspekte wie die Verstrickung von Wirtschaftsunternehmen, die sozialistische und kommunistische Widerstandstradition, die Kriegsverbrechen im Osten, aber auch der industrielle Massenmord in den Vernichtungslagern weitgehend außerhalb der Wahrnehmung durch eine breite Öffentlichkeit, während die jüdischen Opfer nun zunehmend wahrgenommen wurden; vgl. Classen, *Bilder der Vergangenheit*, bes. S. 86 ff.

Diese Kontroversen, deren Polarisierung bei einem derart brisanten Thema wohl unvermeidlich war, stellten gleichwohl einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Aneignung der „eigenen“ Geschichte dar.

In der DDR verlief die Entwicklung weit weniger dynamisch. So stellen die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre hier trotz so einschneidender Ereignisse wie der Beendigung des Entstalinisierungskurses und des Baus der Mauer nur bedingt eine Zäsur dar. Eher hat man es mit einer Intensivierung des instrumentellen Bezugs der Parteiführung auf das Thema zu tun, als daß man von einer wirklich veränderten Qualität sprechen kann. Die Instrumentalisierung des Themas im deutsch-deutschen Sonderkonflikt erreichte in den bereits erwähnten „Kampagnen gegen Bonn“ (Michael Lemke) zwischen 1958 und 1966 einen neuen Höhepunkt.⁶⁷ Sehr gezielt wurde in einer Mischung aus Tatsachen und Fälschungen diskreditierendes Material über einzelne Personen und Gruppen im Westen veröffentlicht. Damit sollte die Bundesrepublik gerade auch innerhalb des eigenen Blocks außenpolitisch isoliert und im Gegenzug die DDR als das „bessere Deutschland“ aufgewertet werden.⁶⁸

Das Ringen um außenpolitische Anerkennung war aber nicht die einzige Triebkraft der anhaltenden Kampagnen. Ein weiteres, den Zeitgenossen möglicherweise nicht bewußtes Motiv ist in dem anhaltenden Legitimationsdefizit des sozialistischen Teilstaates nach innen zu vermuten. Bis zum Mauerbau war diese Legitimationskrise faßbar, in Gestalt der rund 2,5 Millionen Menschen, die das Land bis dahin Richtung Westen verlassen hatten.⁶⁹ Der Bau der Mauer selbst stoppte zwar diese Abwanderungsbewegung, stellte aber auf der symbolischen Ebene politischer Legitimation eine Art Bankrotterklärung dar und verschärfte das Problem somit noch. Nicht nur die ohnehin in immer weitere Ferne rückende sozialistische Utopie nahm dadurch schweren Schaden, sondern es wurde auch zunehmend deutlich, daß die „imperialistische“ Bundesrepublik kein Auslaufmodell war, sondern den angeblich überlegenen Sozialismus wirtschaftlich überholte.

Dem Antifaschismus fiel unter diesen Bedingungen die Aufgabe zu, als moralisch fundiertes Identifikationsangebot die Gesellschaft nach außen abzugrenzen und nach innen zusammenzuhalten. Dabei spielte uneingestanden die anhaltende Attraktivität der Bundesrepublik und der westlichen Massenkultur eine Rolle.⁷⁰ Es entsprach der

67 Michael Lemke, Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Danyel, Die geteilte Vergangenheit, S. 61–86, sowie ders., SED-Kampagnen gegen Bonn 1960–1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 41 (1993), H. 2, S. 153–174.

68 Vgl. hierzu und zum folgenden Christoph Classen, Zum öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR. Das Beispiel des Radios, in: Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 166–196.

69 Vgl. Arnold Sywottek, Gewalt – Reform – Arrangement. Die DDR in den 60er Jahren, in: Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 54–76, hier S. 54.

70 Ebenda, S. 64.

pietistischen Tradition der Arbeiterbewegung insgesamt und bediente antiamerikanische Ressentiments, daß deren Produkte als dekadent und unmoralisch gebrandmarkt wurden, während man gleichzeitig versuchte, dem ein moralisch „sauberes“, nationales Identifikationsangebot eines antifaschistischen, „guten“ Deutschlands gegenüberzustellen. Auch wenn Westdeutschland wirtschaftlich davonzog – moralisch sollte jedenfalls klar sein, auf welcher Seite man zu stehen hatte. Das chronische Legitimationsdefizit der DDR war also mindestens mitverantwortlich dafür, daß es anders als in der Bundesrepublik nicht zu einer „Entlastung“ der Vergangenheit von zentralen legitimatorischen Aufgaben kam. Damit blieb auch eine Lockerung der geschichtspolitischen Axiome und die Aneignung der Geschichte durch die Gesellschaft blockiert.

Unter diesen Bedingungen hatten Ansätze einer vorsichtigen Revision des kanonisierten Geschichtsbildes, die es insbesondere in der „Tauwetterphase“ kurz nach dem Mauerbau gegeben hat, keine wirkliche Chance. Das illustriert exemplarisch der Fall des Historikers Günter Paulus, der, durchaus fest auf dem Boden sozialistischer Überzeugung stehend, versucht hatte, die streng ökonomistische Deutung des Nationalsozialismus etwas abzuschwächen und den Weg für die Erforschung der Judenverfolgung frei zu machen.⁷¹ Paulus sah sich unvermittelt harter Kritik ausgesetzt und verlor, wohl auch zur Abschreckung anderer „Zweifler“, seine Stellung im Wissenschaftsapparat.⁷²

Leichte Akzentverschiebungen gab es dennoch. So nahm auch in der DDR die öffentliche Wahrnehmung der Judenverfolgung zu, 1966 konnte, wenngleich unter unbeschreiblichen Schwierigkeiten, ein umfangreicher Dokumentenband erscheinen.⁷³ Etwa ab Mitte des Jahrzehnts ist auch die vorsichtige Annäherung an den bürgerlichen und christlichen Widerstand zu beobachten.⁷⁴ Ursächlich für solche Veränderungen waren jedoch keine gesellschaftlichen Initiativen oder Kontroversen, die es angesichts fehlender Öffentlichkeit auch gar nicht geben konnte, sondern ausschlaggebend blieben taktische Überlegungen der Parteispitze und die teilweise nicht intendierten Rückwirkungen der anti-westlichen Kampagnen auf die eigene Gesellschaft.⁷⁵ An der einseitig ökonomistischen Deutung des Nationalsozialismus einschließlich der

71 Günter Paulus, *Die zwölf Jahre des tausendjährigen Reiches – Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur über Deutschland*, Berlin (Ost) 1965, S. 66–69.

72 Vgl. Joachim Käppner, *Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR*, Hamburg 1999, S. 127 ff., sowie Martin Sabrow, *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus*, in: *Berliner Debatte Initial* 4/5 (1995), S. 51–67; freilich spielten bei der Ablösung Paulus' offenkundig auch außerwissenschaftliche Aspekte eine Rolle, namentlich Neid und Konkurrenz innerhalb des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften.

73 Helmut Eschwege (Hrsg.), *Kennzeichen J*, Berlin (Ost) 1966; zu den Hintergründen vgl. die ausführliche Darstellung bei Käppner, *Erstarrte Geschichte*, S. 134 ff.

74 Classen, *Zum öffentlichen Umgang*, S. 186 ff.

75 Auf dieses Problem weist auch Siegfried, *Zwischen Aufarbeitung und Schlußstrich*, S. 111 f., hin.

Unterordnung des Holocaust unter dieses Schema und der Heroisierung des kommunistischen Widerstandes änderte sich grundlegend nichts.

4. Die siebziger und achtziger Jahre: Internalisierung und Stagnation

Die letzten zwanzig Jahre der deutschen Zweistaatlichkeit sind von der Zeitgeschichtsforschung noch wenig behandelt worden. Schon deshalb müssen an dieser Stelle einige kursorische Bemerkungen genügen.

Die sechziger Jahre nicht geschlossen zu behandeln, sondern um 1967/68 eine Zäsur zu setzen, ist eine Entscheidung, die man nicht unbedingt so treffen muß. Für die DDR liegt sie deshalb nahe, weil sich die SED seit dem VII. Parteitag auch öffentlich zunehmend auf die Koexistenz zweier deutscher Staaten einstellte und sich damit die aggressive Abgrenzung von der „faschistischen“ Bundesrepublik abzuschwächen begann. In der Bundesrepublik läßt sich die Thematisierung im Zuge der Studentenbewegung zwar einerseits als Radikalisierung der Kontroversen der frühen sechziger Jahre deuten, andererseits steht außer Frage, daß die neomarxistischen Interpretationen der Diskussion in den späten sechziger und in den siebziger Jahren eine neue Qualität verliehen.

Der Beitrag der Studentenbewegung zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik ist noch kaum systematisch untersucht worden.⁷⁶ Soweit man dies aus einiger Distanz feststellen kann, liegt das Verdienst der Studenten jedoch nicht in der Eröffnung richtungweisender neuer Perspektiven auf den Nationalsozialismus, sondern eher darin, die beginnende gesamtgesellschaftliche Debatte in die seinerzeit besonders konservative und hinsichtlich der Kontinuitäten stark belastete „Bastion“ Universität hineingetragen zu haben.⁷⁷ Der bald dominante marxistisch-universalisierende Faschismus-Begriff behinderte auch hier durch seine enthistorisierende, stark instrumentelle Nutzung eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung.⁷⁸ Die sich darauf in den siebziger Jahren anschließenden endlosen faschismustheoretischen Debatten trugen ihren Teil dazu bei, daß es in dieser Zeit in der Bundesrepublik noch kaum zu einer Beschäftigung mit den Ursachen des Holocaust und mit seinen Opfern kam. Ironischerweise war es eine amerikanische „soap-opera“, die Ende der siebziger Jahre einen wichtigen Impuls gab, Auschwitz zum Symbol für den industrialisierten Massenmord in der Bundesrepublik werden zu lassen.⁷⁹

76 Vgl. die Hinweise bei Hans-Ulrich Thamer, Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 39–53.

77 Vgl. Bernd A. Rusinek, Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismusverdacht – akademische Diskurse in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Schildt u. a. (Hrsg.), Dynamische Zeiten, S. 114–147.

78 Vgl. Klaus Schroeder, Der Preis der Einheit. Eine Bilanz, München 2000, S. 26.

79 Gemeint ist die Serie „Holocaust“, die die ARD im Januar 1979 in ihrem ersten Fernsehpro-

Langfristig vielleicht wichtiger war jener Paradigmenwechsel seit Mitte der sechziger Jahre, der – zuerst spürbar in der Fischer-Kontroverse⁸⁰ – die NS-Vergangenheit in den Kontext der deutschen Geschichte „zurückholte“. Während das bis dahin hegemoniale nationale Deutungsmuster sich bemüht hatte, den Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte auszugrenzen, kam nun die sogenannte Sonderwegsthese auf, die eine ausgeprägte Kontinuität der deutschen Nationalgeschichte bis 1945 postulierte, danach jedoch einen abrupten Bruch konstatierte.⁸¹ Ihr Erfolg hing nicht zuletzt damit zusammen, daß in der Bundesrepublik nach der Zementierung der deutschen Teilung zunehmend der Bedarf für die Ausprägung eines eigenständigen, historisch fundierten republikanischen Selbstverständnisses jenseits schlichter Abgrenzung von der DDR entstand.⁸² Damit wurde der Nationalsozialismus zum zentralen historischen Bezugspunkt der bundesrepublikanischen Identität und fand so immer mehr öffentliche Resonanz. Die historischen Kontroversen der achtziger Jahre, allen voran der „Historikerstreit“ von 1986,⁸³ waren im Grunde Stellvertreter-Debatten um das Selbstverständnis der Bundesrepublik.

Daneben gab es seit den siebziger Jahren so etwas wie eine Aneignung der Geschichte „von unten“. Gemeint ist damit die Entdeckung der lokalen und regionalen Geschichte, des Alltags und der Erfahrungen. Wichtige Berufsgruppen und -stände durchleuchteten mit großer öffentlicher Resonanz ihre Vergangenheit. Erst dadurch konnte der Nationalsozialismus von einem eher abstrakten Problem zu etwas „Eigenem“ werden, wurde er als gesellschaftliches Phänomen von ungeheurer Breitenwirkung wahrnehmbar.

Insgesamt hat man es in der Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre mit einer weiteren Pluralisierung und Heterogenisierung der Diskurse über den Nationalsozialismus zu tun. Obwohl damit eine erhebliche Ausweitung des Wahrnehmungsspektrums verbunden war, etwa im Bereich der Opfergruppen, bedeutet das keineswegs, daß geschichtspolitische Interessen, Rücksichten auf die Involvierten und perspektivische Einengungen durch den Ost-West-Konflikt damit schlagartig unwirksam geworden wären. Dies hat nicht zuletzt die Kontroverse um die „Wehrmachtsausstellung“ in den neunziger Jahren eindringlich gezeigt. Kritisch zu konstatieren wäre zudem die sich in dieser Zeit ausbreitende Tendenz zu undifferenzierter „Betroffenheit“, zur pri-

gramm ausstrahlte; dazu Jürgen Wilke, Holocaust und NS-Prozesse, S. 660 f.; vgl. auch die Einschätzung zu ihrer Wirkung bei Schildt, Ankunft im Westen, S. 140 f.

80 Vgl. Arnold Sywottek, Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik, in: Imanuel Geiss/Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 19–47.

81 Vgl. Helga Grebing, Der deutsche Weg – ein Sonderweg?, in: dies., Der deutsche Sonderweg in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Stuttgart 1986, S. 11–22.

82 Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989. Phasen und Kontroversen, in: APuZ B 45 (1998), S. 3–15, hier S. 10.

83 Vgl. Peter Steinbach, Der Historikerstreit, in: Heiner Lichtenstein/Otto R. Romberg (Hrsg.), Täter – Opfer – Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1995, S. 101–113.

mär emotionalen Identifikation mit den Opfern⁸⁴ und die anhaltende Stabilität eines Geschichtsbildes, das den Nationalsozialismus bis heute meist als monolithisches System wahrnimmt, das in erster Linie auf ideologischer Überwältigung sowie Terror und Repression beruht habe. Die geschichtswissenschaftliche Forschung, die in zahlreichen Analysen auf die Bedeutung von Prozessen des sozialen Wandels als Voraussetzung der nationalsozialistischen Herrschaft hingewiesen hat, auf die polykratischen, chaotischen Herrschaftsstrukturen und den zumindest partiell nicht institutional gesteuerten Prozeß der Radikalisierung des NS, scheint in der breiten Öffentlichkeit gegenüber den übernommenen Klischees kaum eine Chance zu haben.⁸⁵ Unübersehbar ist die wachsende gesellschaftliche Bedeutung auch jenseits von publikumswirksamen Skandalen, die dem Thema in der Öffentlichkeit zuteil wurde, und eine zunehmende Sensibilität gegenüber der Reichweite der gesamtgesellschaftlichen Verstrickungen.⁸⁶

Abermals sorgte der Primat der Politik dafür, daß die Entwicklung in der DDR ein weit höheres Maß an Kontinuität aufwies. Gleichwohl brachten auch hier die Aufgabe einer gesamtdeutschen Perspektive und die innere Stabilisierung der Republik Veränderungen. Mit dem Ende der sechziger Jahre hörten die aggressiven Kampagnen gegen die „Faschisten“ in der Bundesrepublik auf, und die Auseinandersetzung wurde fortan in weniger schrillen Tönen geführt. Auch insgesamt scheint es, als sei die Geschichte durch die stärker sozialpolitische Legitimation der Honecker-Ära etwas von ihrer tagespolitischen Instrumentalisierung entlastet worden.⁸⁷ Für den Bereich des Nationalsozialismus galt das freilich weniger als für andere historische Themen, und eine grundsätzliche Revision der alten Feindbilder oder des kanonisierten Bildes vom Nationalsozialismus und seiner Ursachen war damit nicht verbunden.

Trotz mancher Modifikationen⁸⁸ kam es erst seit dem Ende der siebziger Jahre zu einer stärkeren Gewichtung der antisemitischen Verfolgungen und zur, freilich noch immer verdeckten, Relativierung der Komintern-Formel in der wissenschaftlichen Literatur durch einzelne Autoren.⁸⁹ Dabei waren offenkundig abermals taktische Erwägungen im Spiel, denn Honecker versprach sich in den achtziger Jahren von den offiziellen Würdigungen der Judenverfolgungen stärkere Anerkennung in den USA.⁹⁰

84 Vgl. Wolfgang Benz, *Deutscher Mythos. Warum sich Anne Franks Tagebuch so besonders gut als Betroffenheitstext eignet*, in: *Die Zeit* v. 3. 9. 1998.

85 Vgl. Martin Broszat, *Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus*, in: ders., *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, hrsg. v. Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke, München 1987, S. 159–173.

86 Vgl. Hans Mommsen, *Erinnerung und Selbstverständnis. Für die meisten Angehörigen der jüngeren Generation ist der Holocaust und nicht der Nationalstaat der Bezugspunkt ihres politischen Bewußtseins*, in: *Berliner Zeitung* v. 6. 2. 1999.

87 Käppner, *Erstarrte Geschichte*, S. 146 ff.

88 Vgl. zur Interpretation des „Generalplans Ost“ im einzelnen ebenda, S. 290.

89 Namentlich in den Werken Kurt Pätzolds.

90 Angelika Timm, *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel*, Bonn 1997, S. 303.

Der weniger dogmatische Blick auf die NS-Zeit hatte aber noch andere Ursachen. Maßgeblich dürfte weniger der Versuch gewesen sein, mit dem Konzept von „Erbe und Tradition“ nationale Traditionen in sehr viel umfassenderem Maße als bisher zur Legitimation der DDR und zur Begründung einer eigenen DDR-Identität heranzuziehen,⁹¹ als die Erosion des kontrollierten Herrschaftsdiskurses während des letzten Jahrzehnts der DDR.⁹² Das Bemühen der DDR um internationale Anerkennung und die vorsichtige Öffnung des Landes erwies sich auch auf der Ebene der Geschichtswissenschaft als inkompatibel mit den alten Dogmen. Wer auf einer wissenschaftlichen Konferenz im Westen in den achtziger Jahren behauptete, es habe kein geheimes Zusatzabkommen zum sogenannten Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939 gegeben, erreichte damit nicht mehr, als daß er als Wissenschaftler nicht ernst genommen wurde.

Unter diesen Bedingungen erodierte die Verbindlichkeit der überkommenen Sprachregelungen und Tabus soweit, daß kein geringerer als Kurt Hager den Wert des zweiten SPD-SED-Historikerforums vom Mai 1989 darin sah, „daß wir auf Gebiete gestoßen worden sind, die wir noch nicht bearbeitet haben“.⁹³ Inwieweit sich solche Lockerungen und Erosionserscheinungen des Fachdiskurses allerdings in der breiteren Öffentlichkeit niederschlugen, bliebe noch genauer zu untersuchen. Analysen von Schulbüchern zeigen jedenfalls eher gegenteilige Befunde, nämlich eine mit jeder Neuauflage zunehmende Schematisierung und Homogenisierung der Geschichte seit den sechziger Jahren.⁹⁴

Jedenfalls änderten partielle Lockerungen nichts daran, daß der Antifaschismus bis zuletzt ein zentraler legitimatorischer Bezugspunkt der DDR-Führung blieb, mit dem die Gesellschaft nach innen harmonisiert und nach außen abgegrenzt werden sollte. Noch für die Oppositionsbewegung der achtziger Jahre gehörte es zu den überlebenswichtigen Ritualen, vor jeder Kritik zunächst den antifaschistischen Konsens zu bekräftigen, um ihren Gegnern die Möglichkeit zu nehmen, Positionen nach bewährtem Muster als „faschistisch“ zu etikettieren und damit die Autoren zum Feind zu stempeln, der jeglichen Anspruch auf inhaltliche Auseinandersetzung und faire Behandlung verwirkt habe. Und noch in dem Ende November 1989 veröffentlichten Aufruf „Für unser Land“ beschwörte die systemloyale Elite den antifaschistischen Konsens, um das Regime im letzten Moment zu retten.⁹⁵

91 Dies nimmt Käppner an, in: *Erstarre Geschichte*, S. 214 ff.

92 Vgl. Martin Sabrow, *Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive*, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 83–115.

93 Zit. nach ebenda, S. 102.

94 Wilfried Schubarth/Thomas Schmidt, „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland*, Köln 1992, S. 12–28, hier S. 16.

95 Schroeder, *Der Preis der Einheit*, S. 26.

5. Zweierlei Erinnerung?

Die Gegenüberstellung hat auf einer strukturellen Ebene große Ähnlichkeiten im Umgang mit dem Nationalsozialismus bis in die fünfziger Jahre gezeigt. In beiden deutschen Staaten wurde die gesellschaftliche Mitverantwortung für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen mehr oder minder negiert, um die Etablierung der neuen politischen Ordnungen zu unterstützen. In beiden Teilen des Landes standen mit dem Anti-Totalitarismus bzw. mit dem Antifaschismus Deutungsmuster zur Verfügung, die eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus mit einem Identifikationsangebot verbanden, das durch die aggressive, wenngleich unterschiedlich gehandhabte Abgrenzung von äußeren und inneren Feinden die Gesellschaften nach innen integrieren sollte. Wenn man die prekäre Ausgangslage der in beiden Fällen zunächst wenig populären Teilstaaten in Rechnung stellt, die sich zudem gegenseitig ihre Legitimation streitig zu machen versuchten, vermag dieser Befund ungeachtet der inhaltlichen und ideologischen Divergenzen kaum zu überraschen. Unverkennbar spiegeln sich in der schrillen, an Carl Schmitt gemahnenden Freund-Feind-Rhetorik und dem impliziten Ideal einer konfliktfreien Gemeinschaft in beiden deutschen Staaten ältere deutsche Politiktraditionen wider, bis hin zu Nachwirkungen der nationalsozialistischen Volksgemeinschafts-Ideologie.

Ebensowenig wie die Abgrenzungsrhetorik und die divergente Programmatik der frühen Jahre blind machen sollte für die strukturellen Ähnlichkeiten, kann die folgende Auseinanderentwicklung seit Ende der fünfziger Jahre pauschal mit dem Hinweis auf die Systemdifferenz erklärt werden. Warum kam es in der Bundesrepublik seit dieser Zeit zum öffentlichen Streit über die Vergangenheit und in der Folge zu dem, was man mit Lepsius als „Internalisierung“ des Nationalsozialismus bezeichnen kann?⁹⁶ Und warum wurden entsprechende Impulse in der DDR abgewürgt, so daß das Geschichtsbild dort als weitgehend artifizielles Konstrukt erstarrte?

Sicher war dafür das grundlegende Legitimationsdefizit der SED-Diktatur mitverantwortlich, denn anders als in der Bundesrepublik gelang es trotz zahlreicher Bemühungen allenfalls unvollkommen, stabile, gegenwartsbezogene Legitimationsgrundlagen aufzubauen. Zu allen Zeiten dürfte ein erheblicher Teil der Bevölkerung dem Staat und seinen Repräsentanten mit großer Distanz oder sogar ablehnend gegenüber gestanden haben. Unter diesen Bedingungen war es offenbar nicht möglich, die rückwärtsgewandte Legitimation als moralischen Gegenentwurf zum „Faschismus“ und die darin eingeschlossene Fixierung auf die Abgrenzung vom „Konkurrenzmodell“ Bundesrepublik zu überwinden.

Verhindert oder maßgeblich erschwert wurde eine „Entlastung“ der Geschichte von ihren politisch-ideologischen Aufgaben im Falle der DDR aber auch durch die frühe programmatische Festlegung auf ein Selbstverständnis als „antifaschistischer

96 Vgl. Anm. 50.

Staat“,⁹⁷ mit der wiederum die persönliche Legitimation der obersten Parteispitze aufs engste verknüpft war. Von entscheidender Bedeutung war dabei eine spezifische, im Laufe der DDR-Geschichte nicht überwundene „politische Generationensymbiose“ (Lutz Niethammer). Innerhalb des Partei- und Verwaltungsapparates stand eine dünne Schicht von Altkommunisten, die den Nationalsozialismus mehrheitlich in der sowjetischen Emigration überlebt hatten, an der Spitze, während sich die große Mehrheit der Kader im Partei- und Verwaltungsapparat aus der jungen, mental vom Nationalsozialismus geprägten sogenannten HJ-Generation rekrutierte.⁹⁸ Beide Gruppen blieben symbiotisch miteinander verbunden: Die überwiegend stalinistisch geprägten Altkommunisten waren als kleine Minorität auf die Loyalität der jüngeren angewiesen, während letztere sowohl ihren sozialen Aufstieg als auch ihr antifaschistisches Selbstverständnis allein dieser Führungsschicht verdankten.⁹⁹ Der Antifaschismus war dabei zentral: Er beglaubigte sinnhaft den Aufstieg der Jüngeren, er band sie loyal an die moskautreue Führung, deren antifaschistische Biographien ihre Herrschaft erst mit jenem Mindestmaß an Legitimation und Prestige ausstattete, das Herrschaft wohl immer benötigt.¹⁰⁰ Daraus resultierte die stereotypisierte Festschreibung der sehr spezifischen Geschichtserfahrung einer Minorität verfolgter und emigrierter Kommunisten, die für die Erfahrungen der deutschen Bevölkerungsmehrheit, zumal der jüngeren, erst in der Nachkriegszeit Geborenen, nicht oder nur sehr bedingt anschlussfähig waren.

Die Entwicklung im Westen wurde dagegen seit Ende der fünfziger Jahre nachhaltig von der Rezeption einer westlichen, liberalen Politiktradition geprägt, die in der DDR nie eine Chance hatte.¹⁰¹ Mehr noch als die Justiz erwies sich die Etablierung einer vergleichsweise unabhängigen, pluralistischen Medienöffentlichkeit als zentral für die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit. Zwar folgten die öffentlich ausgetragenen Kontroversen um den Nationalsozialismus zunächst einer Skandalisierungslogik und waren entsprechend polarisiert und personalisiert. Aber sie waren die Voraussetzung für das Aufbrechen des Schweigekonsenses der fünfziger Jahre durch die nachwachsende Generation und deren Internalisierung des Nationalsozialismus als expliziter oder impliziter Bezugspunkt ihres politischen

97 Dan Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: Bernhard Moltmann u. a. (Hrsg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost, Frankfurt a. M. 1994, S. 21–29.

98 Lutz Niethammer, Volkspartei neuen Typs? Sozialbiographische Voraussetzungen der SED in der Industrieprovinz, in: Prokla 20 (1990), S. 40–70, hier S. 61.

99 Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 95–115, hier S. 105 ff.

100 Wie wenig legitimatorisches Potential die jüngere Funktionselite tatsächlich hatte, zeigte sich exemplarisch während der späten Rebellion von Egon Krenz gegen den ehemaligen Widerstandskämpfer Honecker im Herbst 1989.

101 Zu diesem Komplex vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

Wertesystems in den siebziger und achtziger Jahren. Selbst die Versuche, diesen Bezug in den achtziger Jahren zu relativieren oder zurückzudrängen, blieben ihm auf eine dialektische Weise verhaftet.

Auch in der DDR wurde im kleinen Kreis ganz anders über den Nationalsozialismus geredet als es die offiziellen Sprachregelungen nahelegten. Aber ein gesellschaftlicher Streit über das Thema konnte nicht entstehen: Nur unter den Bedingungen einer massenmedialen Vermittlung entwickelte sich jene breite Resonanz, die schließlich als Voraussetzung für beschleunigte gesellschaftliche Transformationsprozesse gelten kann.¹⁰²

So steht am Ende ein merkwürdiger, fast schon ironischer Befund: Die frühe Festlegung auf eine strikt antifaschistische Minderheitenperspektive als legitimatorischen Fixpunkt der DDR hat eine Aneignung des Nationalsozialismus durch die Gesellschaft als „eigener“ Geschichte nachhaltig blockiert. Der staatsoffizielle Antifaschismus erstarrte früh in Ritualen und Sprachregelungen und blieb so ein hochgradig artifizielles Konstrukt, das mit den Erfahrungen und Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit nur oberflächlich vereinbar war. Dagegen mündete die sehr viel ambivalenterer Distanzierung vom Nationalsozialismus der frühen Bundesrepublik seit den siebziger Jahren in ein weitenteils konsensuales Staatsverständnis, in dem die kritische Distanz zur Vergangenheit tatsächlich einen zentralen Stellenwert hatte.

Antifaschismus und gegenwärtige Fremdenfeindlichkeit

Zweifellos sind Fragen des Geschichtsbildes im Kontext von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus nicht bedeutungslos. So konnte das in der DDR dogmatisierte sozioökonomische Deutungsmuster den Nationalsozialismus nicht hinreichend erklären und behinderte den Blick auf wichtige Voraussetzungen seiner Entstehung und Entwicklung. Insbesondere blieb der breite gesellschaftliche Rückhalt des Systems weitgehend unthematisiert, und damit – kaum zufällig – ein zentraler Punkt zur kritischen Reflexion des eigenen Verhältnisses zu Staat und Politik.

Nicht zuletzt dadurch war es für viele Jüngere, nach dem Krieg Geborene möglich, sich auf ganz unkritische und oberflächliche Weise mit dem Angebot eines „guten“, antifaschistischen Selbstverständnisses zu identifizieren.¹⁰³ In der Aufstiegsgeneration und Teilen der ersten Nachkriegsgeneration scheint dagegen nicht selten ein Gefühl von Schuld und quasi-religiöser Verehrung gegenüber der Vergangenheit der führenden Emigranten, Widerstandskämpfer und den von ihnen etablierten antifaschistischen

¹⁰² Vgl. zur Differenzierung verschiedener Typen von Öffentlichkeit das Modell von Friedhelm Neidhardt, in: ders. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) 34 (1994), S. 7–41.

¹⁰³ Vgl. Schubarth/Schmidt, *Sieger der Geschichte*.

Mythen¹⁰⁴ anzutreffen zu sein.¹⁰⁵ Anders als in der Bundesrepublik führte die Überfrachtung der Vergangenheit mit politischen Aufgaben in beiden Fällen dazu, daß folgende Generationen auf die Perspektive der Gründergeneration der DDR festgelegt blieben. Das Spektrum der gesellschaftlichen Aneignung reichte daher von der Überidentifikation mit dem Antifaschismus der Älteren über oberflächliche Zustimmung bis hin zu Formen der Indifferenz und antithetischer Zurückweisung, während die Entwicklung eigener, kritischer Perspektiven nicht gefördert wurde und in der Öffentlichkeit unterbunden blieb.

Wichtiger noch als Fragen des Geschichtsbildes scheinen mir im vorliegenden Zusammenhang Unterschiede auf der Ebene der politischen Kultur zu sein, die keineswegs auf die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beschränkt sind, sich aber auch hier ablesen lassen: Auch der staatsoffizielle Antifaschismus blieb jenen traditionellen Paradigmen verhaftet, die die DDR insgesamt charakterisierten: dichotomisches Lager- und Freund-Feind-Denken, eine radikale Abgrenzung der Gesellschaft nach außen und zugleich die Verpflichtung auf einen übergreifenden, „gemeinschaftlichen“, nicht hinterfragbaren Konsens nach innen. Damit verbunden war der Anspruch einer weitgehenden Homogenisierung der Gesellschaft sowie die Staats- und Autoritätsfixierung. Diese Elemente politischer Kultur und die zugehörigen Mentalitäten haben in Deutschland eine lange Tradition.

Auch die frühe Bundesrepublik war weit mehr davon geprägt als heute bisweilen behauptet wird. Aber seit den sechziger Jahren begann sich dort ein liberaler Grundkonsens nach westlichem Vorbild zu etablieren, der im Ergebnis auf einen Bruch mit der traditionellen politischen Kultur in Deutschland hinauslief: Die Konflikthaftigkeit und Pluralität von Gesellschaft wurde seitdem zunehmend als normal anerkannt und ihr funktionaler Rahmen zur zivilen Austragung von Konflikten und Moderation kultureller Heterogenität begann sich in der Praxis zu bewähren. Die DDR dagegen konservierte traditionelle Gemeinschafts- und Homogenitätsideale einschließlich aggressiver Ab- und Ausgrenzungsmechanismen unter der Oberfläche von Revolutions-, Moderne- und Fortschrittsrhetorik.¹⁰⁶ Darüber kann auch ihr Völkerfreundschafts- und Antifaschismuspathos nicht hinwegtäuschen.

¹⁰⁴ Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: APuZ B 45 (1998), S. 16–29.

¹⁰⁵ Die Psychotherapeutin Anette Simon hat deshalb auf der Grundlage autobiographischer Erfahrungen den Antifaschismus als „Loyalitätsfalle“ bezeichnet; vgl. Anette Simon, Antifaschismus als Loyalitätsfalle. Ich und sie: Ein Versuch, mir und anderen meine ostdeutsche Moral zu erklären, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 1. 2. 1993, S. 27.

¹⁰⁶ Über die Frage der Traditionalität und Modernität der DDR gibt es eine umfassende soziologische und sozialgeschichtliche Debatte; vgl. u. a. Ilja Srubar, War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: KZfSS 43 (1993), H. 3, S. 415–432, sowie Detlef Pollack, Modernization and Modernization Blockages in GDR Society, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York/Oxford 1999, S. 27–45 (mit weiterer Literatur).

Mit einer unkritischen Aneignung der offiziellen Geschichtserzählung einerseits und dem hohen Maß an Kontinuität auf der strukturellen Ebene von politischer Kultur andererseits läßt sich möglicherweise ein Widerspruch erklären, der sonst schwer aufzulösen ist: Die Umfragen des Leipziger Instituts für Jugendforschung aus den achtziger Jahren spiegeln durchweg eine hohe Akzeptanz und Identifikation mit dem Antifaschismus unter DDR-Jugendlichen, während der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik überwiegend sehr viel negativer bewertet wurde. Bei der Frage nach den Gründen für eine Verbundenheit mit der DDR rangierte „der konsequente Antifaschismus des Staates“ bei Schülern weit oben.¹⁰⁷ Nach dem Zusammenbruch von 1989/90 begann das antifaschistische Selbstverständnis jedoch schnell zu erodieren und es kam in den neuen Bundesländern bekanntlich zum raschen Anstieg rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungen und entsprechend motivierter Gewalt.¹⁰⁸

Ich glaube nicht, daß der Verweis auf einen nur „verordneten“, innerlich jedoch mehrheitlich abgelehnten Antifaschismus dieses Phänomen hinreichend erklären kann. Vielmehr scheint mir die kaum anzuzweifelnde breite Zustimmung zu einem so stark homogenisierten, auf inneren Konsens und äußere Abgrenzung zielenden, vorwiegend moralisch fundierten Konstrukt, wie es der staatsoffizielle Antifaschismus war, selbst Beleg für die Kontinuität jener anti-liberalen Mentalitäten und Wertorientierungen zu sein, die im Osten derzeit einen so brisanten gesellschaftlichen Resonanzboden für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bilden.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Vgl. Peter Förster, Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. V/2, Frankfurt a. M. 1995, S. 1212–1380, hier S. 1273 f. und 1345 ff.

¹⁰⁸ Vgl. Schubarth/Schmidt, Sieger der Geschichte, S. 17 ff., sowie Armin Pfahl-Traughber, Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: APuZ B 39 (2000), S. 3–14.

¹⁰⁹ Der Verweis auf die Diskreditierung antifaschistischer und anti-nationalsozialistischer Werte und Einstellungen im Zuge des Systemzusammenbruchs und die Enthüllungen über die „antifaschistische“ Elite vermag dieses Argument m. E. eher zu stärken als zu entkräften, da daraus folgende Distanzierungen auf eine unkritische und autoritätsfixierte Lesart schließen lassen.